

Protokoll der Frühjahrssitzung am 28. und 29. März in Koblenz

Tagungsort:	Historische Rathaussaal der Stadt Koblenz	
Leitung:	Dr. Steffen Wawra	
Zeit:	28.03.2012	14.00 Uhr – 18.00 Uhr
	29.03.2012	09.00 Uhr – 13.15 Uhr

Tagesordnung:

TOP 1 Begrüßungen

Seite: 2

- Begrüßung durch den Kulturdezernenten der Stadt Koblenz, Herrn Detlef Knopp
- Begrüßung durch den Vorsitzenden der Sektion 4, Herrn Dr. Steffen Wawra
- Begrüßung durch den Gastgeber Herrn Dr. Helmut Frühauf, Ltd. Direktor des Landesbibliotheksentrums Rheinland-Pfalz

TOP 2 Regularien / Berichte

Seite: 2

TOP 3 Bibliothekspolitik 1: Verbundsystem

Seite: 2

- Die Evaluierung der Verbundsysteme: Stand der Planungen in den Verbänden
Dr. Silke Schomburg, Hochschulbibliothekszentrum (hbz)
Jürgen Kett (DNB)

TOP 4 Bibliothekspolitik 2: Bericht aus dem Vorstand des dbv

Seite: 4

- Bericht über den Fortgang der Initiative des dbv für eine nationale Digitalisierungsstrategie und über ein Positionspapier zu urheberrechtlichen Fragen
Dr. Frank Simon-Ritz, Universitätsbibliothek Weimar

TOP 5 Innovationswerkstatt 1

Seite: 7

- Automatisierte Sacherschließung in digitalen Bibliotheken
Mathias Lösch, Universitätsbibliothek Bielefeld
- Das EU-Projekt OpenAIRE
Petra Hätscher, Universitätsbibliothek Konstanz

TOP 6 Bibliothekspolitik 3: KII

Seite: 9

- KII-Empfehlungen zur Informationsinfrastruktur: Diskussion einer Stellungnahme der Hochschulbibliotheken der Sektion 4

TOP 7 Innovationswerkstatt 2: Discovery Services

Seite: 14

- Discovery Services – Evolution oder Revolution?
Dr. Fabian Franke, Universitätsbibliothek Bamberg
Dr. Steffen Wawra, Universitätsbibliothek Passau
- Erfahrungsberichte aus der Praxis

TOP 8 Bibliothekspolitik 4

Seite: 16

- Berichte aus den AGs und Initiativen der Sektion 4

TOP 9 Verschiedenes

Seite: 17

TOP 1 - Begrüßungen

Herr Knopp begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Namen des Koblenzer Oberbürgermeisters Prof. Dr. Hofmann-Göttig. Er hebt Koblenz als Kultur- und Bildungsstandort heraus und weist auf das zurzeit im Bau befindliche neue Kulturgebäude am Zentralplatz hin, in welchem das Mittelrhein-Museum, das neue Zentrum für Rhein-Romantik und die Stadtbibliothek untergebracht werden sollen. Er spricht sich trotz Sparzwänge für kulturelle Investitionen aus.

Der Vorsitzende der Sektion 4, Herr Dr. Wawra, heißt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer willkommen und dankt Herrn Knopp und dem Landesbibliothekszentrum als Gastgeber.

Anschließend begrüßt Herr Dr. Frühauf, Leiter des Landesbibliotheksentrums Rheinland-Pfalz, die Gäste. Er gibt einen historischen Abriss über die Entwicklung der Koblenzer Altstadt und des Rhein-Tourismus und verweist auf das in Koblenz gegründete Verlagshaus Baedeker, dessen Koblenzer Verlagsproduktion zu 85% im Landesbibliothekszentrum / Rheinische Landesbibliothek vorhanden ist.

TOP 2 - Regularien / Berichte (Wawra)

Herr Dr. Wawra dankt für die eingegangenen Änderungsvorschläge zum Protokoll der Herbstsitzung in Bayreuth, die alle angenommen werden.

Die Veröffentlichung der Empfehlung (Entwurf von Herrn Dr. Brintzinger) an die KMK, in den „Grundsätzen für die Veröffentlichung von Dissertationen“ die Abgabe von Microfiches zu streichen, steht noch aus. Er wird an alle Mitglieder der Sektion 4 verschickt, anschließend erfolgt der Versand an die KMK.

In diesem Zusammenhang erinnert Herr Dr. Kreische (UB Dortmund) daran, dass der Sammelplan für gedruckte Dissertationen aufgehoben werden sollte¹. Dies findet Zustimmung.

Die Stellungnahme zu den Empfehlungen der DFG und des Wissenschaftsrates zur Zukunft der Verbundsysteme wurde verschickt. Die DFG hat sich bedankt; die Sektion 4 soll in die weitere Bewertung einbezogen werden.

Offene Fragen sind die Beteiligung der Länder an der Finanzierung und die stärkere Differenzierung von Basisdiensten und zusätzlichen Diensten. Der Vorstand der DBV Sektion 4 wird eine Stellungnahme zur Gestaltung der Finanzierung erarbeiten, die der AG Bibliotheksverbundsysteme der KMK als Argumentationsgrundlage dienen soll.

TOP 3 - Bibliothekspolitik 1: Verbundsystem

Herr Dr. Wawra erinnert an das Fehlen von Vertretern der Verbundzentralen bei der Herbstsitzung aufgrund der noch herrschenden unklaren Situation über die konkreten Konsequenzen für die Bibliotheksverbände nach den Empfehlungen der DFG und des Wissenschaftsrats und dankt den heute hier anwesenden Kollegen und Kolleginnen für ihre Bereitschaft, über ihre Planungen zu berichten.

Dr. Silke Schomburg, Leiterin des Hochschulbibliotheksentrums (hbz) und Jürgen Kett, DNB (in Vertretung für Reinhard Altenhöner): Die Evaluierung der Verbundsysteme: Stand der Planungen in den Verbänden

Frau Dr. Schomburg berichtet, dass sich die AG Verbundsysteme bei der DFG-Ausschreibung „Neuausrichtung überregionaler Informationsservices“ auf das Themenfeld 1

¹ „Regionale Sammelschwerpunkte für bundesdeutsche Dissertationen“, Beschluss dbv Sektion 4 vom 22.3.1990, in: Bibliotheksdienst 1990, H.7, S. 939-943.

„Bibliotheksdateninfrastruktur und Lokale Systeme“ konzentriert. Ihr Ziel als Vorsitzende der AG Verbundsysteme ist, ein gemeinsames Vorgehen der Bibliotheksverbände zu erreichen. Sie weist allerdings auch auf Gegenstimmen hin, die aus Wettbewerbsgründen zwei unterschiedliche Anträge favorisieren. Kernforderungen der DFG sind die Schaffung eines nationalen Nachweises mit deduplizierten Daten und einer einheitlichen Katalogisierungs- und Datenplattform, die offene und dokumentierte Schnittstellen zu Endnutzersystemen bieten soll, die Gewährleistung der Datenhoheit im nationalen Rechtsraum sowie die Bereitstellung der Daten zur freien Nachnutzung (Linked Open Data).

Alle Bibliotheksverbände beabsichtigen bereits die Entwicklung einer gemeinsamen Serviceplattform und sehen in der DFG-Förderung lediglich einen Anreiz. Der bestehende Service muss gehalten bzw. verbessert werden. Konkrete Projektergebnisse werden schon vor Start der Projektlaufzeit angestrebt, sie sollen über das Projekt-Ende hinaus künftige Entwicklungen berücksichtigen. Merkmale dieser Serviceplattform – als verteilte serviceorientierte Architektur realisiert - sollen Erweiterbarkeit und Offenheit, der Datenabgleich in Echtzeit, die Möglichkeit, Drittanbieter über offene Schnittstellen einzubinden, sowie die geforderte Integration ins Web über Linked Open Data sein.

Mit der Serviceplattform sollen neben Norm- und Fremddatenservices auch potentiell neue Dienstleistungen angeboten und verschiedene Benutzerbedürfnisse befriedigt werden. Die Umsetzung ist in drei Phasen geplant: Bereits vor Beginn des Projektstarts werden Kerndienste aufgebaut und Vorarbeiten für den nationalen Nachweis geleistet. Nach einer evtl. positiven Begutachtung erfolgen der Aufbau des zentralen Nachweises auf der Basis existierender Infrastruktur, parallel dazu der Umzug auf moderne, servicebasierte Infrastruktur, der sich über den kompletten Projektverlauf erstreckt.

Ein Beispiel für die bereits beginnenden Vorarbeiten stellt Culturegraph² dar. Culturegraph ist ein Linked-Open-Data-Service, der zurzeit in einer Kooperation der Deutschen Nationalbibliothek (DNB) und des Hochschulbibliothekszentrums des Landes Nordrhein-Westfalen (hbz) aufgebaut wird mit dem Ziel, zentraler Einstiegspunkt im Web für Daten aus dem Bibliothekswesen zu werden. Datenbestände verschiedener Verbände und Anbieter wurden im Projektverlauf analysiert und zusammengeführt. Die Verwendung gemeinsamer Identifier ist die Voraussetzung für die Vernetzung mit Dritten und die Bündelung identischer bzw. verwandter Ressourcen.

Diskussion:

Frau Müller (SuUB Bremen) fragt nach, wie viel Verbindlichkeit in den Vereinbarungen der AG Verbundsysteme steckt. Frau Dr. Mallmann-Biehler (BSZ), erläutert, dass die Frage ist, welche Verbände mitmachen und bis zu welcher Phase sie sich beteiligen. hbz, BSZ, GBV und DNB stehen hinter dem vorgestellten Konzept, BVB, HeBIS und KOBV verfolgen ein eigenes Konzept und werden vermutlich eine eigene Interessenbekundung abgeben. Ein zentraler, nationaler Nachweis ist das gemeinsame Interesse aller Verbände. Die Unterschiede zwischen den beiden Ansätzen sind zurzeit noch unklar. In der Phase 0 (=Vorlauf) werden alle Verbände zusammenarbeiten.

Frau Dr. Schomburg erläutert das geplante Vorgehen. Die Daten sollen nicht nur für Projekte, sondern auch für Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Die Anbieter, die die Basisdienste bisher stellen, sollen beibehalten werden; daher sind offene Schnittstellen wichtig. Neue entstehende Schnittstellen sollen für weitere Services genutzt werden. Sie äußert die Hoffnung, dass im Oktober trotz der vorher unterschiedlichen eingereichten Interessensbekundungen doch ein gemeinsamer Antrag gestellt wird.

Für Herrn Dr. Haubfleisch (UB Paderborn) liegen die Verbände nicht auf einer Linie, sondern verfolgen unterschiedliche Konzepte und dieser Wettbewerb sei wünschenswert. Herr Dr. Wawra betont, dass die im Vortrag vorgestellte Struktur den Erwartungen der DFG

² vgl. <http://www.culturegraph.org> (abgerufen am 02.04.2012).

entspricht. Relevante Fragen für die einzelnen Bibliotheken seien nun die Diskussion um Basisdienste und Zusatzdienste und konkrete Änderungen, die durch die neue Plattform anstehen.

Für Frau Dr. Siebert (UB Düsseldorf) kommen andere Themenfelder der DFG-Ausschreibung und drängende Probleme der Gegenwart wie z. B. Suchmaschinentechnologie oder Erschließungsrationalisierung zu kurz. Sie stellt die Frage, wie die Verbände den enormen Entwicklungsrückstand gegenüber kommerziellen Anbieter aufholen wollen. Frau Dr. Mallmann-Biehler entgegnet, dass die AG Verbundsysteme sich bewusst auf das Themenfeld 1 konzentrieren will. Bei den anderen Themenfeldern wie Langzeitverfügbarkeit (2), Electronic Resource Management (3) und Forschungsnahe Informationsinfrastruktur (4) wird kein geschlossenes Vorgehen der AG Verbundsysteme angestrebt. Einen Rückstand im Vergleich zu kommerziellen Anbietern sieht sie nicht. Die Verbände sind mit den Anbietern, z. B. Exlibris oder OCLC im ständigen Gespräch und die Firmen sollen die erforderlichen Schnittstellen zur Verfügung stellen. Für internationale Kooperationen sind die Verbände ebenfalls offen, so soll der WorldCat von einigen der regionalen Bibliotheksverbände wie bisher weiter bedient werden. Herr Dr. Wawra spricht sich für Wettbewerb aus und befürwortet, dass es nicht nur einen Antrag geben wird. Herr Kett weist darauf hin, dass der Mangel an Konkretheit des vorgestellten Ansatzes der noch laufenden Diskussion geschuldet ist, sowie der Tatsache, dass die Inhalte unter Umständen Teil des DFG-Antrags sein werden. Der Ansatz ist ein Versuch, den Konsens aller Verbände zu präsentieren.

TOP 4 - Bibliothekspolitik 2: Bericht aus dem Vorstand des dbv

Dr. Frank Simon-Ritz (UB Weimar): Bericht über den Fortgang der Initiative des dbv für eine nationale Digitalisierungsstrategie und über ein Positionspapier zu urheberrechtlichen Fragen

Herr Dr. Simon-Ritz berichtet im ersten Teil seines Vortrags über die Bundesaktivitäten des dbv im Bereich Digitalisierung:

Am 16.01.2012 wurde der vollständig anwesende Ausschuss für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag durch das Digitalisierungszentrum der Staatsbibliothek zu Berlin geführt. An die Führung schloss sich ein Gespräch mit Frau Schneider-Kempf, der Generaldirektorin der Staatsbibliothek zu Berlin, an. Am 25.01.2012 fand ein Öffentliches Fachgespräch zur Digitalisierung von Kulturgut im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags statt. Als Expertinnen und Experten waren Frau Dillmann (Deutsches Filminstitut), Herr Dr. Hauser (Kompetenzzentrum für kulturelle Überlieferung – digital Karlsruhe in Gründung), Herr Prof. Dr. Schauerte (Stiftung Preußischer Kulturbesitz), Herr Schultz (Google Germany), Herr Dr. Simon-Ritz (UB Weimar) und Herr Weber (Justiziar ZDF) geladen. Nachzulesen ist die Anhörung im Wortprotokoll des Deutschen Bundestags (Protokoll Nr. 17/55 der 17. Wahlperiode). Sie fand zudem ein Echo in den Printmedien. Herr Dr. Simon-Ritz berichtet, dass sich das Plenum des Bundestags ca. 45 Minuten dem Thema Digitalisierung von Kulturgut widmete. Alle Fraktionen brachten Anträge zur Digitalisierung ein, von denen derjenige der Regierungskoalition angenommen wurde. Auch wenn damit keine konkreten Fördermaßnahmen verbunden sind, wertet Herr Dr. Simon-Ritz die Entschließung als deutliche politische Stärkung des Anliegens.

Digitalisierung als bedeutende Thematik ist ein Grundkonsens; in drei Punkten bestanden Kontroversen:

1. Die Notwendigkeit einer nationalen Digitalisierungsstrategie ist für manche Beteiligte ein „rotes Tuch“.
2. Der Politik muss verdeutlicht werden, dass im Bereich (urheber-) rechtlicher Regelungen für vergriffene und verwaiste Werke schnell etwas getan werden, muss um die Überlieferungslücke zu schließen.
3. Zusätzliche finanzielle Mittel sind erforderlich, um die Digitalisierung voranzutreiben.

Diskussion:

Frau Dr. Dörr (UB Tübingen) stellt die Frage, worauf die Initiative konkret abziele und wie man sich eine nationale Finanzierung und Abstimmung vorzustellen habe. Herr Dr. Simon-Ritz antwortet, dass es gebündelter Anstrengungen bedarf. Der dbv spräche für die Breite der Bibliotheken. Nach seiner Ansicht würde nur eine nationale Digitalisierungsstrategie funktionieren, von der er sich zusätzlichen Schwung für die Digitalisierungsbemühungen verspricht. Im Bereich der finanziellen Mittel bei der Produktion der Digitalisate benötigt Deutschland – im Vergleich zu bspw. den skandinavischen Ländern oder Frankreich – zusätzliche Anstrengungen.

Frau Dr. Tröger (ULB Münster) hält es für einen Erfolg des dbv, das Thema in der Politik so prominent zu platzieren. Aufgrund der gestiegenen finanziellen Eigenbeteiligung der Bibliotheken sei es immer schwieriger geworden, Projektanträge zu stellen. Umso wichtiger sei es, eine Grundförderung zu etablieren. Herr Prof. Dr. Bürger (SLUB Dresden) gibt zu bedenken, dass eine nationale Digitalisierungsstrategie vermutlich noch auf sich warten lasse. Trotzdem hält er diese gerade im Hinblick auf die Debatte um den „Kulturinfarkt“³ für das Selbstverständnis der Bibliotheken für wichtig. Herr Zepf (UB Rostock) merkt an, dass mehrere Bundesländer Strategien zur Digitalisierung haben. Beide Ebenen, sowohl die föderale als auch die nationale, sollten im Blick behalten werden.

Herr Kett stellt die Frage, welche Erwartungshaltung an die Deutsche Digitale Bibliothek bestünde. Herr Dr. Simon-Ritz ist in der Politik häufig der Ansicht begegnet, im Bereich Digitalisierung gäbe es mit der DDB und dem Kompetenznetzwerk hinreichende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Digitalisierungsoffensive. Umso wichtiger erscheint es ihm, dass durch den dbv die Gesamtheit der in deutschen Bibliotheken realisierten Digitalisierungsvorhaben dargestellt würde.

Im zweiten Teil seines Vortrags geht Herr Dr. Simon-Ritz auf die Vorstandsaktivitäten in Sachen Urheberrecht ein:

Seitens des dbv stehen im Bereich Urheberrecht eine Fülle von fachlich fundierten, zum Teil sehr detaillierten Stellungnahmen zu Einzel- und Spezialfragen zur Verfügung, deren öffentliche Wahrnehmung jedoch gering ist. Deshalb ist ein Positionspapier erarbeitet worden, das die Positionen des Bibliothekswesens zu Urheberrechtsfragen kurz und prägnant bündelt. Unter dem Titel „Nutzerinteressen stärken, Urheberrecht wahren“ haben Herr Dr. Simon-Ritz (für den Vorstand) in Zusammenarbeit mit Dr. Arne Upmeyer (für die Rechtskommission) einen Entwurf vorgelegt. Dieser wurde auf der Vorstandssitzung des dbv am 23.03.2012 in Berlin vorgestellt. Die Veröffentlichung des Positionspapiers ist anlässlich des Welttages des Buch und des Urheberrechts am 23.04.2012 geplant.

Herr Dr. Simon-Ritz stellt den Entwurf des Positionspapiers vor. Dieser enthält sechs Aspekte:

1. Allgemeine Wissenschaftsschranke

Der dbv schließt sich ausdrücklich der Forderung nach einer „allgemeinen Wissenschaftsschranke“ an, die bereits von der „Allianz der Wissenschaftsorganisationen“ und vom „Urheberrechtsbündnis“ gestellt wurde. Eine einzige Pauschalschranke wäre besser und flexibler als viele Einzelschranken.

2. Verbindlichkeit der Schranke(n) für Wissenschaft und Forschung

Die Regelungen zu Gunsten von Wissenschaft und Forschung (Schranken) sollten nicht vertraglich ausgehebelt werden dürfen.

³ Der Kulturinfarkt. Von allem zuviel und überall das Gleiche. Eine Polemik über Kulturpolitik, Kulturstaat, Kultursubvention / Dieter Haselbach, Armin Klein, Pius Knüsel, Stephan Opitz. – München 2012.

3. Verbindliches Zweitverwertungsrecht

Wissenschaftliche Urheber sollten gegenüber den Verlagen gestärkt werden. Es sollte möglich sein, einen wissenschaftlichen Beitrag *nach einer angemessenen Frist* formatgleich auf einer Open-Access-Plattform erneut zu publizieren.

4. Öffentliche Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung

§ 52a UrhG hat sich in der Praxis sehr bewährt. Die Norm muss entfristet werden, ansonsten läuft sie bis zum 31.12.2012 aus.

5. Verbesserung der bestehenden „Bibliotheksschranken“ in § 52b und § 53a UrhG

Die „Bibliotheksschranken“ haben sich nicht im erhofften Maß bewährt.

a) § 52b (digitale Leseplätze): Die aktuelle Regelung ist nicht dazu angetan, wissenschaftliches Arbeiten und Lernen zu fördern. Die Einschränkungen beim Kopieren bzw. Downloaden sind wirklichkeitsfremd (das Urteil höchster Instanz bleibt abzuwarten).

b) § 53a (Fernleihe): Der erforderliche Prüfaufwand („... mittels einer vertraglichen Vereinbarung zu angemessenen Bedingungen ...“) geht an der Realität vorbei. Die einseitige Prädisposition für Papierkopien ist wenig zeitgemäß.

6. Verwaiste und vergriffene Werke

Im Hinblick auf die (Massen-)Digitalisierung von Werken des 19. und 20. Jahrhunderts wächst der Druck, gesetzliche Regelungen für verwaiste und vergriffene Werke zu schaffen. Es droht eine empfindliche Lücke in der kulturellen Überlieferung - zumindest in digitaler Form.

Sinnvoll erscheint es hierbei, die Regelung zu vergriffenen Werken von jenen zu verwaisten Werke abzukoppeln: So zeichnete sich auf der Deutschen Literaturkonferenz ein Lösungsansatz für vergriffene Werke bis 1966 ab, den u.a. der dbv, die DNB sowie der Börsenverein des deutschen Buchhandels mittragen. Hingegen gestaltet sich eine Regelung für verwaiste Werke schwieriger.

Diskussion:

Herr Dr. Kreische findet die Vereinheitlichung der Schrankenregelung richtig, bezweifelt jedoch den Sinn, solange Tantiemeforderungen der VG Wort eine bezahlbare Nutzung verhindern. Herr Dr. Simon-Ritz hält eine Tantiemeforderung für indiskutabel, wenn nicht einmal Download und Ausdruck zulässig seien.

Herr Dr. Nolte-Fischer (ULB Darmstadt) erkundigt sich nach dem Stand des Referentenentwurfs zum dritten Korb und fragt nach dem Sinn einer nationalen Schrankenregelung, wenn diese quer zum Entwurf der EU-Richtlinie stehe. Nach seinen Informationen, so Dr. Simon-Ritz, sei mit einer Regelung zum 3. Urheberrechtskorb in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu rechnen. Zielsetzung des Positionspapiers sei es, politische Forderungen zu konzipieren und zugleich ein kurzes, verständliches Papier an der Hand zu haben, das auch bei Anfragen von Medienvertretern gut nutzbar ist. Eine Langfassung für Experten sei außerdem in Vorbereitung.

Herr Dr. Wawra weist darauf hin, dass es über die Kompatibilität zum EU-Recht nachzudenken gilt.

Frau Hätscher (UB Konstanz) bedankt sich bei Herrn Dr. Simon-Ritz für dieses kurze und präzise Positionspapier. Ein solches habe gefehlt und sie hält es für eine gute Idee, dieses zum Welttag des Buches an die Öffentlichkeit zu geben.

Herr Horrelt (UB Kiel) erkundigt sich nach den Möglichkeiten, die Tantiemeforderungen durch einen Rahmenvertrag zum § 52b zu regeln. Welche Bibliothek ist bereit 46,5 % zu bezahlen, fragt er.

Herr Dr. Südekum (UB Würzburg) berichtet von einer in Bayern diskutierten Landesregelung, welche zum einen die einzelne Bibliothek von den Zahlungen entlasten, zum anderen Rechtssicherheit herstellen soll.

Einer pauschalen Regelung gäbe auch Herr Dr. Nolte-Fischer den Vorzug und sollte auch vom dbv vertreten werden. Für ein Abwarten des Darmstädter Urteils plädiert Herr Dr.

Südekum. Frau Müller (SuUb Bremen) hält eine Verankerung eines pauschalen Vergütungsverfahrens in den allgemeinen Wissenschaftsschranken für angeraten. Herr Dr. Simon-Ritz bittet um kritische Rückmeldungen zu dem Entwurf für das Positionspapier an ihn oder an Herrn Dr. Upmeier, da geplant ist, das Papier zum 23.04.2012 zu lancieren.

TOP 5 - Innovationswerkstatt 1:

Mathias Lösch (UB Bielefeld): Automatisierte Sacherschließung in digitalen Bibliotheken

Aufgrund des rasanten Anstiegs elektronischer Publikationen kommt den Verfahren der automatisierten Sacherschließung verstärkt Bedeutung zu. Herr Lösch stellt das DFG-Projekt zur automatisierten Anreicherung von OAI-Metadaten vor, das von der UB Bielefeld, dem Text Technology Lab der Universität Frankfurt/Main sowie der Abteilung Automatische Sprachverarbeitung der Universität Leipzig vom Oktober 2009 bis Juni 2013 realisiert wird. Ziel des Projekts ist es, digitale Dokumente automatisch nach der Dewey Decimal Classification zu klassifizieren und dementsprechende Services zur Nachnutzung bereitzustellen.

Dabei wird ein Klassifikator aus vorklassifizierten Beispieldokumenten generiert und mittels Methoden des maschinellen Lernens weiter optimiert. Die Datengrundlage für das Projekt bietet die Extraktion von 460.280 Dokumenten, die über die Bielefeld Academic Search Engine (BASE) recherchierbar und bereits über eine DDC-Klassifikation erschlossen sind. Die Erschließung der automatisch klassifizierten Dokumente findet zum Großteil auf der DDC-Ebene 2 statt, welche auch die DNB-Sachgruppen abbildet. Über eine Browsing-Funktion sind die Dokumente für die Nutzer auffindbar. Der Klassifikator wird auch im lokalen Repository der UB Bielefeld PUB eingesetzt.

Herr Lösch wertet die dabei bisher erzielten Ergebnisse positiv: so wurde ein Recall-Wert von 87,7%, ein Precision-Wert von 95% und ein F-Wert von 90,9% erzielt. Indes steht das Projekt vor einigen Herausforderungen, um die Fehlklassifikationen zu reduzieren, die teils aus ähnlichem Vokabular in unterschiedlichen Disziplinen, teils aus ähnlichen Klassen resultieren. Zudem ist die Vergabe von Mehrfachklassifikationen zur Zeit noch nicht möglich.

Mögliche Lösungsansätze sieht Herr Lösch durch regelmäßige Neuindexierung des Referenzkorpus oder durch Benutzerannotationen von Beispieldokumenten, um eine höhere Abdeckung der Zielklassifikationen zu erreichen. Fehlklassifikationen, die durch ähnliches Vokabular oder Klassen entstehen, lassen sich durch verstärkte Terminologieextraktion und Nutzerrückmeldungen abbauen. Eine Nachnutzung des im Einsatz befindlichen Klassifikators ist im DFG-Projekt OA-Netzwerk sowie im OpenAIRE-Projekt geplant. Aber auch betreffs der klassifizierbaren Metadaten ist durch die API-Schnittstelle ein Metadatenaustausch mit Fachportalen möglich: Pilotpartner ist hier EconBiz.de von der ZBW Kiel.

Abschließend bewertet Herr Lösch die halbautomatische Indexierung als aussichtsreichste Variante. Mittlerweile sind durch den produktiven Einsatz des DDC-Klassifikators in BASE 2,2 Millionen Dokumente automatisch klassifiziert worden.

Diskussion:

Herr Scholze (KIT Karlsruhe) fragt, ob eine Validierung der Ergebnisse im Vergleich zu ähnlich gelagerten Projekten der DNB geplant sei. Von der seit Januar 2012 eingesetzten automatischen DNB-Sachgruppen-Vergabe berichtet Frau Junger (DNB) von ähnlichen Problemen wie denen in Bielefeld. Allerdings seien die Ergebnisse der DNB im Hinblick auf Recall und Precision nicht ganz so gut.

Herr Rosemann (TIB Hannover) erkundigt sich nach der Datengrundlage des Projekts und nach dem Erwartungswert im Hinblick auf den Einsatz in den Fachportalen. Die Datengrundlage, so Herr Lösch, stellen u.a. die Metadaten aus den Repositorien dar, die sich auf dem Niveau der DNB-Sachgruppen bewegten. Die Nutzbarkeit für Fachportale sei abhängig vom Fachspektrum der jeweiligen Fachdisziplin.

Die Nachfrage von Herrn Rosemann, ob Volltexte eine bessere Grundlage für die automatische Klassifizierung böten, bejaht Herr Lösch. Allerdings litte die Performance. Inhaltsverzeichnisse, die als Grundlage ins Gespräch gebracht werden, hält Herr Lösch hingegen für gut geeignet.

Das Fazit Herrn Löschs, halbautomatische Verfahren als aussichtsreichste Variante zu bewerten, hinterfragt Herr Dr. Wawra, ob die automatische Klassifizierung doch nicht die Ergebnisse bringe, die man sich wünscht. Bei der Menge an Dokumenten führe, so Herr Lösch, an automatischen Lösungen kein Weg vorbei. Vom Feedbackverfahren erhofft er sich dabei eine Qualitätsverbesserung, da auf diese Weise Nutzerwissen in die Erschließung einfließe. Eine Alternative bestünde möglicherweise darin, die DDC als Klassifizierungssystem abzulösen.

Petra Hätscher (UB Konstanz): Das EU-Projekt OpenAIRE⁴

Einleitend betont Frau Hätscher, dass sie das Forum Frühjahrstagung der dbv-Sektion 4 nutzen möchte, um das EU-Projekt OpenAIRE im Kreise der Bibliotheksleiter bekannt zu machen und für die Rolle der Bibliotheken innerhalb der Open-Access-Infrastruktur zu sensibilisieren. Sie möchte weniger informieren, sondern bewusst machen, was Anwender im Open-Access-Bereich selbst tun können.

Frau Hätscher stellt zunächst das Open-Access-Pilotprojekt der EU vor:

Der Europäische Forschungsrat (ERC) fordert mit den erlassenen Richtlinien vom Dezember 2007, dass die im Rahmen von ERC-geförderten Forschungsprojekten entstandenen Publikationen in geeignete institutionelle oder fachliche Repositorien eingestellt werden und binnen sechs bzw. zwölf Monaten der freie Zugriff auf sie ermöglicht wird.

Dies ist im Rahmen der EU-Förderung seit August 2008 mit der Special Clause 39 Teil der vertraglich eingegangenen Verpflichtungen (Teil des Grant Agreements) und gilt für jedes Manuskript, das im Rahmen des Peer-Review-Verfahrens begutachtet und zur Publikation freigegeben wurde.

Für alle nach August 2008 unterzeichneten Förderverträge und bei Zugehörigkeit zu einem von sieben Themenbereichen (Energie, Umwelt, Informations- und Kommunikationstechnologien, Forschungsinfrastrukturen, Wissenschaft in der Gesellschaft, Sozio-ökonomische Wissenschaft und Geisteswissenschaften) läuft das Pilotprojekt bereits. Eine Ausweitung der Themenbereiche ist angedacht. Die überwiegende Mehrheit der Publizierenden ist sich der vertraglich eingegangenen Verpflichtung auch bewusst.

Wie Frau Hätscher erläutert, stellt das EU-Projekt OpenAIRE nun das Bindeglied dar zwischen den gestellten Forderungen und deren Umsetzung in den EU-Mitgliedstaaten durch die Wissenschaftler und Institutionen. Projektpartner des von Dezember 2009 bis November 2012 laufenden Projekts mit einem Budget von insgesamt 5 Mio. Euro sind alle EU-Mitgliedstaaten (außer Luxemburg) plus Norwegen. Das Projekt hat zum Ziel, die Wissenschaftler/innen durch technische Infrastruktur und nationale Open-Access-Kontaktstellen in die Lage zu versetzen, die Anforderungen des Forschungsprogramm-FP-7-OA-Pilotprojekts und die ERC-OA-Richtlinien erfüllen zu können.

⁴ Open Access Infrastructure for Research in Europe

Die Federführung des Gesamtprojekts liegt beim griechischen „National Document Center“ in Athen. Die wissenschaftliche Koordination in Deutschland hat die SUB Göttingen, technische Unterstützung erfährt das Projekt durch die UB Bielefeld und als nationale Kontaktstelle fungiert die UB Konstanz. Die Referentin beschreibt nachfolgend, wie die Anforderungen erfüllt werden können. Ein Publikations- und Einstellungsworkflow sieht so aus, dass ein begutachtetes Manuskript entweder in ein institutionelles oder fachliches Repositorium eingestellt und dort mit den notwendigen Metadaten versehen, oder aber direkt in das „OpenAIRE Orphan repository“ eingestellt wird. Die Aufgabe der Bibliotheken besteht darin, diese Verfahrensweise sicherzustellen.

Frau Hätscher legt den Bibliotheken der Institutionen, an denen EU-geförderte Forschung betrieben wird, nahe, die Wissenschaftler zu informieren, zu aktivieren und bei Rechtsfragen zu unterstützen. Die Bibliotheken können auch selbst ein Repositorium zur Verfügung stellen bzw. entsprechende Publikationen identifizieren und die für die Compliance notwendigen drei Metadatenelemente „projectID“ (aus welchem Projekt sind die Daten entstanden), „access rights“ (Status mit kontrolliertem Vokabular) „EmbargoEndDate“ (Ablauf der Embargo-Frist) ergänzen und für ein Harvesting mittels OAI-Sets zur Verfügung stellen.

Der National Open Access Desk Deutschland (NOAD) verfügt über eine Liste aller SC39-Projekte, hält regelmäßig Kontakt zu den etwa 140 Projekten, deren Koordination in Deutschland liegt, berät und unterstützt bei der Zweitveröffentlichung der Projektergebnisse. Beteiligte Bibliotheken und Repositorien werden in nächster Zeit weitere informieren über die Projektpublikationen erhalten.

Zusammenfassend erklärt Frau Hätscher, dass die OpenAIRE Guidelines umgesetzt und die Publikationen identifiziert und durch Metadaten ergänzt werden sollten. Eine Unterstützung durch den NOAD ist möglich, aber auch der direkte Weg für weitere Kontakte ist willkommen.

Diskussion:

Herr Rosemann fragt an, ob es bereits eine Vernetzung des Projektes OpenAIRE mit dem Publikationsfonds der EU gibt. Dies verneint die Referentin.

Auf Nachfrage von Herrn Brugbauer (UB Bayreuth) stellt Frau Hätscher klar, dass das Projekt OpenAIRE sich sowohl auf Veröffentlichungen in OA-Zeitschriften („goldener Weg“) als auch auf das Archivieren von bereits in Zeitschriften veröffentlichten Manuskripten in einem digitalen Repositorium („grüner Weg“) bezieht. Diese EU-Richtlinie geht weiter als alle bisherigen.

Herr Dr. Wawra ruft zu Beginn der Sitzung zum Gedenken an Hermann Havekost auf, der im März 2012 verstorben ist. Werner Stephan erinnert daran, dass Hermann Havekost 14 Jahre stellvertretender Vorsitzender des dbv war, würdigt den Verstorbenen als geschätzter Querdenker und Vordenker, der zu lebhaften Diskussionen beitrug, und lädt zu einem Moment des Innehaltens ein.

TOP 6 - Bibliothekspolitik 3: KII

KII-Empfehlungen zur Informationsinfrastruktur: Diskussion einer Stellungnahme der Hochschulbibliotheken der Sektion 4

Herr Dr. Wawra schlägt zum Vorgehen vor, auf der Grundlage des Ursprungsdokuments „Die Hochschulbibliotheken und die Entwicklung der Informationsinfrastrukturen in Deutschland“ in der Fassung des von Herrn Dr. Simon-Ritz und Herrn Wätjen finalisierten Entwurfs die nach dem Versand eingegangenen Stellungnahmen zu diskutieren. Er verweist darauf, dass auf diesen finalisierten Entwurf eine Vielzahl von Änderungswünschen eingegangen sind, die sich sowohl auf inhaltliche Aussagen, als auch auf die allgemeine Diktion der Stellungnahme bezogen. Jetzt sollte es darum gehen, Ausgangsentwurf und Änderungsvorschläge gegeneinander zu stellen mit dem Ziel, diese zu harmonisieren. Er

verweist auf die Powerpoint-Präsentation, die diese berücksichtigt und der Ursprungsfassung gegenüberstellt. Ergebnis der Diskussion soll das mehrheitliche Beschließen der Endfassung sein, da sonst die Reaktion auf die KII-Empfehlungen zu spät erfolge. Er umreißt die Kernpunkte der folgenden Diskussion (siehe *Folie 1*) und berichtet, dass die Kolleginnen und Kollegen aus Baden-Württemberg eine konzertierte Stellungnahme zu diesem Papier geliefert haben, die in die Änderungsvorschläge, die vorgestellt werden sollen, eingeflossen sind. Er lädt Herrn Scholze ein, die Motivation für den eigenen Entwurf zu erläutern.

Herr Scholze begründet die andere Grundposition: Bei der Beratung von Politik und Wissenschaftsrat sehen die Kolleginnen und Kollegen in BAW einen erfolgreichen Weg nur über eine konstruktive, nach vorwärts gerichtete Position. Kritik an der bisherigen Entwicklung wurde daher in ihrem Papier herausgenommen und dafür konstruktive Vorschläge eingefügt. Die Kolleginnen und Kollegen möchten ihren Vorschlag nicht als Kritik verstanden wissen; sie können aber zu der ursprünglich vorgelegten Stellungnahme nicht stehen und möchten daher einen anderen Ansatz diskutieren.

Herr Dr. Simon-Ritz ruft in Erinnerung, dass das Papier bereits in der Herbstsitzung mit dem zentralen Grundansatz, dass die Rolle der Hochschulbibliotheken in den KII-Empfehlungen nicht zum Ausdruck kommt, vorgestellt wurde. Das Papier soll u.a. klarstellen, dass die Basisinformationsversorgung in den Hochschulbibliotheken erfolgt und diese daher bei den Empfehlungen zur Informationsinfrastruktur nicht vernachlässigt werden dürfen. Herr Prof. Dr. Bürger empfiehlt im Hinblick auf die aktuelle Kulturdiskussion in der überregionalen Tagespresse eine verkürzte positive Darstellung in Form eines Presseartikels, die auf die Stärken und Leistungen und die von Hochschulbibliotheken ausgehenden Innovationen verweist.

Für die weitere Diskussion schlägt Herr Dr. Wawra vor, auf der Grundlage der Powerpoint-Präsentation den Ursprungstext mit dem Vorschlag zur Neuformulierung abzugleichen und für die Entscheidung ein zweistufiges Verfahren anzuwenden: Zunächst soll ein Meinungsbild zu den einzelnen Punkten der Stellungnahme erhoben und am Ende der Diskussion über das Gesamtpapier abgestimmt werden. Das Gremium stimmt dem Vorschlag zu.

Vorbemerkung

Zur Diskussion steht der Vorschlag, die Vorbemerkung ohne Änderungen zu übernehmen.

Alternativ zur Vorbemerkung kann sich Herr Zepf einen Abstract mit den wichtigsten Leistungsmerkmalen der Hochschulbibliotheken vorstellen, der weniger den Prozess reflektiert. Herr Dr. Halle (UB/LMB Kassel) sieht diese Inhalte eher im zweiten Kapitel und empfiehlt eine Straffung der Vorbemerkung. Das Gremium stimmt dem zu, plädiert aber zusätzlich für eine prononcierte Zusammenfassung der Rolle der Hochschulbibliotheken.

Abschnitt „Zur Beteiligung, Legitimation und Forschungsorientierung“ ...

Der Vorschlag sieht den vollständigen Verzicht auf diesen Abschnitt vor.

Es entsteht eine grundsätzliche Diskussion über die Zielrichtung der dbv-Stellungnahme.

Herr Dr. Halle unterstreicht, dass die Hochschulbibliotheken eine elementare Stütze des Informationsversorgungsprozesses bilden. Dies müsse in der Stellungnahme hervorgehoben werden und sei in den KII-Empfehlungen zu kurz dargestellt. Herr Prof. Dr. Bürger plädiert für eine selbstbewusste Darstellung der Rolle der Hochschulbibliotheken in der künftigen Forschungsinfrastruktur und wiederholt seinen Vorschlag, dass diese auch in der Tagespresse erscheinen sollte. Falls das diskutierte Papier als Stellungnahme geplant ist, entgegnet dem Herr Dr. Simon-Ritz, müsse sie Bezug zu den KII-Empfehlungen nehmen und betonen, dass die Rolle der Hochschulbibliotheken in diesen Empfehlungen nicht vorkommt. Er sieht ein kurzes prägnantes Papier als zusätzliches Projekt.

Für Frau Hätscher sollte das Papier keine akademische Auseinandersetzung mit den KII-Empfehlungen darstellen, sondern selbstbewusst politische Akteure ansprechen. Sie schlägt vor, die Stärken der Hochschulbibliotheken in der Vorbemerkung stärker herauszustellen und die Stellungnahme inhaltlich um die Punkte zu ergänzen, die in den KII-Empfehlungen

fehlen. Dies bestärkt Herr Zepf und ergänzt, dass die Vorbemerkung eine prägnantere, griffigere Benennung erhalten sollte. Die KII-Empfehlungen laden nach Meinung von Herrn Scholze dazu ein, die Sicht der Hochschulbibliotheken zu ergänzen. Herr Dr. Fischer unterstützt diese Position.

Frau Dr. Siebert kann dem Prozess nicht nur Positives abgewinnen. Sie beobachtet eine Tendenz zur Zentralisierung. Die zunehmende Zentralisierung habe nicht zur Lösung bestehender Probleme beigetragen. Sie plädiert für das Festhalten an dem Abschnitt. Frau Hätscher sieht in der Präzisierung keinen Widerspruch zu der Grundaussage der Ursprungsfassung. Die Hochschulbibliotheken sollten sich in einem positiven, offenen und konstruktiven Sinn positionieren und sich selbstkritisch die Frage stellen, ob bestimmte Dienstleistungen lokal entwickelt werden müssen. Die Tendenz zur Zentralisierung lasse sich nicht aufhalten, die Hochschulbibliotheken müssten in diesem Prozess konstruktiv mitarbeiten, sonst laufe er ohne Beteiligung der Hochschulbibliotheken weiter.

Herr Dr. Wawra fasst den Diskussionsstand zusammen: Die Vorbemerkung wird umbenannt und inhaltlich um die Stärken und Leistungen der Hochschulbibliotheken ergänzt. Dafür entfällt der Abschnitt „Zur Beteiligung, Legitimation und Forschungsorientierung“.

Er sagt nach der Frage von Herrn Dr. Haubfleisch nach dem Vorgehen zur weiteren redaktionellen Arbeit das zeitnahe Kommunizieren der heute beschlossenen Änderungen zu. Herr Stadler (UB Wuppertal) wirft ein, dass er die alternativen Empfehlungen und Zwischenschritte zu den Vorschlägen nicht kenne und daher nicht vorbehaltlos einem innerhalb der Sitzung diskutierten Papier zustimmen könne. Herr Dr. Wawra betrachtet die Diskussion und anschließende Entscheidung innerhalb von Gremiensitzungen als üblich und schlägt vor, mit der Powerpoint-Präsentation bei den einzelnen Handlungsfeldern fortzufahren.

Lizenzen:

Der Abschnitt „So lag der Anteil der Ausgaben...bei lediglich 19% lag“ soll entfallen.

Herr Prof. Dr. Bürger rät zu Formulierungen mit konkreten Forderungen, die der Wissenschaftsrat übernehmen kann. Herr Dr. Wawra ruft zu Formulierungsvorschlägen auf.

Frau Dr. Siebert kann den Streichungsvorschlag nicht nachvollziehen, weil hier der Beleg für die Leistungsfähigkeit der UBs erfolge. Frau Andermann (UB Oldenburg) unterstützt diese Position. Herr Rosemann hält die Aussage nicht für sachgerecht; sie sage nichts über die Leistungsfähigkeit der Hochschulbibliotheken aus. Er erläutert, dass die Zahlen dadurch zustande kommen, dass die Nationallizenzen einbezogen sind, diese aber von der DFG bereitgestellt werden und daher kein sachgerechtes Argument für die Leistungsfähigkeit der Hochschulbibliotheken bilden. Als Lösung schlägt Frau Bauer (UB Leipzig) vor, den Satz: „So lag der Anteil der Ausgaben...durchschnittlich bei 39%“ zu belassen und nur den Folgesatz zu streichen.

Herrn Dr. Degkwitz fehlt die Forderung nach der finanziellen Unterstützung der Hochschulbibliotheken, während Herr Dr. Simon-Ritz das Problem weniger in der finanziellen Unterstützung als im Fehlen der Hochschulbibliotheken in den für KII wichtigen Gremien sieht. Die Intention der Stellungnahme müsse es sein, hier auf eine Änderung hinzuwirken.

Es entsteht eine kontroverse Diskussion über das weitere Vorgehen.

Frau Hätscher spricht sich aus Zeitgründen dafür aus, den Alternativvorschlag an die Mitglieder der Sektion 4 per E-Mail zu versenden, enge Fristen für Stellungnahmen zu setzen und dann eine neue, angepasste Fassung zu erstellen. Der Abstimmungsprozess könnte dann innerhalb der nächsten sechs Wochen erfolgen.

Herr Dr. Nolte-Fischer wirft ein, dass es der Diskussion zufolge substantielle Unterschiede zwischen den beiden Vorschlägen gibt und plädiert für eine alternative Abstimmung per E-Mail. Frau Dr. Siebert befürwortet dies.

Herr Dr. Haubfleisch zieht die inhaltliche Diskussion während der Sitzung einer elektronischen Diskussion vor. Er sieht bei der Verschiebung der Diskussion die Gefahr, dass eine abschließende Stellungnahme nicht realistisch ist. Herr Dr. Halle schlägt für die

Überarbeitung der Stellungnahme eine aus dem Vorstand gebildete Arbeitsgruppe vor. Herr Scholze unterstützt die Position von Frau Hätscher und mahnt, nicht zu viele Wünsche und Anforderungen in dieses Papier hineinzuprojizieren. Ziel der BAW-Bibliotheken war eine prospektive Zuspitzung des Ursprungspapiers. Frau Bauer schlägt die Bildung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern beider Gruppen vor.

Herr Dr. Haubfleisch erinnert an den Auftrag aus der Herbstsitzung, an den sich die Redaktionsgruppe der ursprünglichen Fassung gehalten hat. Es sei formal nicht korrekt, dass eine Gruppe einen anders ausgerichteten Alternativvorschlag erarbeitet. Frau Hätscher entgegnet, dass aus ihrer Sicht nicht die grundsätzliche Entscheidung in Frage gestellt wird und dass das Alternativpapier eine konzertierte Antwort auf die Frage nach Kommentaren nach Versand durch den dbv-Vorstand darstellt. Sie sieht keinen grundsätzlichen Dissens.

Herr Dr. Kreische schlägt vor, inhaltliche Positionen abzustimmen und nicht einzelne Formulierungen. Er möchte inhaltliche Entscheidungen nicht auf eine elektronische Abstimmung verschieben. Herr Zepf befürwortet die weitere inhaltliche Diskussion: Die Folien sollten weiter präsentiert und diskutiert werden, in der Sitzung aber keine Abstimmung erfolgen. Er schlägt ein Redaktionsgremium vor, das die Positionen zusammenfasst; innerhalb einer Frist können die Sektionsmitglieder Rückmeldungen einbringen. Das endgültige Papier könne dann elektronisch beschlossen werden. Herr Stephan unterstützt den Vergleich beider Papiere; die Ausrichtung sei unterschiedlich. Er erinnert an die Einigung vom Diskussionsbeginn, dass die Ausrichtung in der Einführung berücksichtigt werden soll, und unterstützt eine Online-Diskussion mit Abstimmung.

Herr Dr. Wawra verweist nochmals auf die unterschiedlichen Intentionen beider Fassungen. Er schlägt vor, das Ursprungspapier und die Version aus Baden-Württemberg sowie die Powerpoint-Präsentation, die versucht, die ursprüngliche Stellungnahme mit den eingegangenen Rückmeldungen zusammenzuführen, zu versenden. Frau Dr. Dörr spricht sich dafür aus, darüber hinaus die nächsten sieben Handlungsfelder kurz durchzusprechen. Dieses Vorgehen findet mehrheitlich Zustimmung.

Handlungsfeld 2: Hosting und LZA (siehe Folie)

Der Ursprungstext wird ohne Änderungsvorschläge übernommen.

Handlungsfeld 3: Nichttextuelle Materialien (siehe Folie)

Der erste Satz soll übernommen werden. Zur Diskussion steht die Rolle der TIB als Koordinator. Dies sollte als „vorstellbar“ bezeichnet und die Alternative, dass verschiedene Hochschulbibliotheken beteiligt werden, vorgeschlagen werden. Herr Rosemann weist darauf hin, dass die TIB zweimal zu diesem Thema evaluiert wurde und bereits die Rolle des Kompetenzzentrums und Koordinators innehat. Er sieht die Aufgaben eines Koordinators darin, Netzwerke aufzubauen und Initiativen zu starten. Forschungsdaten könnten nicht nur lokal referenziert und gespeichert werden. Herr Dr. Simon-Ritz betont, dass in allen Handlungsfeldern Koordinatoren angeführt werden und die Gruppe in jedem der acht Handlungsfelder einen Kommentar zu den Koordinatoren gegeben hat. Er sieht Konsens bei diesem Punkt, da nur die Doppelrolle (Koordinator und eigene Datensammlung) in Frage gestellt wird, nicht die Funktion der Koordinatoren. Herr Rosemann hält es nicht für sinnvoll, dass die TIB nur eine Koordinatorenrolle übernimmt, nicht aber auch operativ tätig wird. Wenn die TIB keine Projekte zu operativen Maßnahmen erarbeitet hätte, wäre sie nicht kompetent für die Koordinatorenrolle. Frau Dr. Siebert schlägt vor, die Ursprungsfassung beizubehalten (siehe Folie: Handlungsfeld 3: Nichttextuelle Materialien, Folie b). Herr Rosemann ist für die Beibehaltung der Koordinatorenrolle, da diese für die Absprache und Vernetzung untereinander unerlässlich sei. Eine Evaluation der Koordinatoren sollte durchgeführt werden, auch vor dem Hintergrund der Gespräche mit Geldgebern. Frau Dr. Siebert plädiert für die Streichung der Stellungnahme zu Koordinatoren in den einzelnen Handlungsfeldern. Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Handlungsfeld 4: Retrodigitalisierung / Kulturelles Erbe (siehe Folie)

Zur Diskussion steht der Vorschlag, den Absatz über die Bayerische Staatsbibliothek zu streichen und den Alternativvorschlag zu übernehmen.

Herr Prof. Dr. Bürger wünscht eine Ergänzung, in der deutlich wird, dass eine kritische Masse qualitativ hochwertiger digitaler Medien erreicht werden muss und die Arbeit der Hochschulbibliotheken hier benötigt wird. Der Vorschlag wird aufgenommen. Frau Dr. Siebert erinnert an den Auftrag, dass Regionalbibliotheken kleinere Projekte durchführen sollen, und sieht in der aktuellen Formulierung "kritische Masse" einen Widerspruch dazu. Hierauf entgegnet Herr Dr. Bürger, dass der Begriff "kritische Masse" auf die Gesamtheit digitaler Medien bezogen ist, nicht auf den Bestand einzelner Einrichtungen. Frank Scholze macht darauf aufmerksam, dass in beiden Textfassungen die Wichtigkeit der kleineren Einrichtungen betont wird.

Handlungsfeld 5b: Virtuelle Forschungsumgebung (siehe Folie)

Frau Söllner (UB Erlangen-Nürnberg) schlägt vor, den rechten Satz zu streichen. Dies findet allgemeine Zustimmung.

Handlungsfeld 6: Open Access (siehe Folie)

Herr Prof. Dr. Bürger betont, dass die fachspezifische lokale Komponente stärker betont werden müsse, da die Hochschulbibliotheken für das Gelingen von Open Access eine wichtige Rolle spielen. Herr Dr. Wawra verweist auf die Ursprungsfassung, die dies bereits enthält. Auch Frau Dr. Siebert möchte an der Ursprungsfassung festhalten, damit die starke lokale Komponente hervorgehoben wird. Frau Hätscher macht deutlich, dass die DINI-AG und die Informationsplattform zu Open Access keine Koordinationsplattformen seien und plädiert daher für die Streichung. Sie betont die Bedeutung der Max-Planck-Gesellschaft in diesem Prozess.

Handlungsfeld 7: Forschungsdaten (siehe Folie)

Die Ursprungsfassung soll ohne Änderung übernommen und um den Satz: "Zudem sollten die im Zuge der DFG-Ausschreibung 'Neuausrichtung überregionaler Informationsservices' entstehenden Entwicklungen und Strukturen berücksichtigt werden" ergänzt werden.

Handlungsfeld 8: Informationskompetenz / Ausbildung

Die Streichung der jeweils ersten Absätze in den Folien a), b) und c) gemäß Alternativvorschlag ist Konsens.

Governance und Ressourcen im Gesamtkonzept der KII (siehe Folie)

Folie a:

Der Alternativvorschlag ist für die Übernahme der ersten beiden Absätze der Ursprungsfassung. Herr Dr. Schaab (SuUb Göttingen) schlägt vor, den letzten Satz: "Aus Sicht der Hochschulbibliotheken in den 16 Bundesländern...zu beachten." zu streichen. Dem hält Frau Dr. Siebert entgegen, dass in diesem Satz der Ansatz gegeben sei, gegen die zunehmende Zentralisierung vorzugehen. Zentrale Strukturen seien häufig ineffizient. Die Parallelität von zentralen und dezentralen Strukturen sollte gewahrt werden. Sie plädiert dafür, den letzten Satz der Ursprungsfassung beizubehalten. Dies findet Zustimmung.

Folie b:

Der Alternativvorschlag ist Konsens.

Folie c:

Herr Dr. Haubfleisch hält die Formulierung im Alternativvorschlag: „Die Hochschulbibliotheken sind gerne bereit“ für zu schwach. Hier wäre seiner Meinung nach ein stärkerer Ausdruck wie: „Wir halten es für erforderlich, dass....“ angebrachter.

Folie d:

Der Alternativvorschlag bringt nach der Meinung von Frau Dr. Siebert und Herrn Dr. Simon-Ritz nicht deutlich genug zum Ausdruck, dass die Finanzierung für zentrale Aufgaben nicht aus den Etats der einzelnen Hochschulen kommen kann, sondern zentrale Mittel nötig sind. Frank Scholze betont, dass es nicht um lokale Umverteilung der Finanzierung gehe. Die Formulierung soll sicherstellen, dass mehr Geld für die Informationsversorgung insgesamt aufgebracht werden muss. Das KII-Papier soll den Stellenwert der Informationsinfrastruktur im Hinblick auf die Finanzierung der Forschung und Lehre deutlich machen. Es ist Konsens, dass diese Stelle umformuliert werden sollte.

Fazit (siehe Folie)

Herr Walter (Bibliothek der HTW Berlin) schlägt vor, den Begriff „zweifellos“ im ersten Satz zu entfernen, da dieser Ausdruck behelrend wirke. Hierzu gab es keine Gegenstimmen.

Die Tagung verständigt sich darauf, dass die Diskussion über die Stellungnahme bis Anfang Mai abgeschlossen sein soll. Herr Wawra wird eine finale Stellungnahme mit den hier eingebrachten Änderungsvorschlägen erstellen, diese wird über das dbv-Infosystem verteilt und wird für kurze Zeit noch einmal zur Diskussion stehen.

TOP 7 – Innovationswerkstatt 2:

Dr. Fabian Franke (UB Bamberg) und Dr. Steffen Wawra (UB Passau): Discovery Service – Evolution oder Revolution?

Herr Dr. Wawra skizziert die Ausgangslage: Mit der Entstehung des Web in der Mitte der 1990er Jahre ging die Forderung nach der „Gesamtheit der Quellen in gedruckter und elektronischer Form“ einher, die jedoch bisher nicht umgesetzt wurde. Für die Recherche in Bibliotheken gibt es weiterhin mehrere Einstiegsoberflächen, z.B. über den Web-Katalog, den Hochschulschriftenserver, über Fachdatenbanken oder über E-Book-Sammlungen. Diese Oberflächen sind häufig nur neben- bzw. nacheinander durchsuchbar. Die Qualität der Information sei hierbei ein durchgängiges „Muster“.

Eine Umfrage von ProQuest zeige, dass Wissenschaftler und Studenten die Breite und Tiefe bibliothekarischer Angebote nicht erfassten. Anstatt über Fachdatenbanken recherchierten Studenten vorwiegend über Google. Nutzen sie jedoch die bibliothekarischen Ressourcen, sind die Studenten von der Qualität des jeweiligen Angebots überzeugt. Es wäre wünschenswert, wenn zur Recherche eine einzige Suchoberfläche für alle Informationsangebote angeboten werden könnte.

Ab 2009 wurden Discovery Services – sowohl von den Anbietern von Lokalsystemen als auch von den Produzenten von Content – als wichtiger Einsatzbereich erkannt. Drei Arten von Discovery Services bildeten sich heraus:

1. Discovery Layer („next generation catalogue“)
2. Federated Search (= Suchmaschinen, die eine föderative Suche anbieten, wie z.B. der KVK)
3. Web-scale Discovery Services

Herr Dr. Franke stellt in seinem Vortragsteil dar, wie Discovery Services funktionieren und welche Einsatzmöglichkeiten vorhanden sind. Discovery Service ruhe auf den vier Säulen:

1. Content
2. Discovery
3. Delivery
4. Flexibility

Discovery Services stellen lokale und externe Inhalte unter einem einheitlichen Suchindex zur Verfügung, der über eine einfache und einheitliche Suchoberfläche zu nutzen ist und

somit einen schnellen Zugang zu Informationen bietet. Zudem lassen sie sich flexibel in die Bibliotheksumgebung eingliedern. Dabei empfiehlt Herr Dr. Franke den Kauf des Suchindex wie auch der Ranking- und Filtermechanismen. Optional hingegen sei der Einkauf einer Suchoberfläche, während die Programmierung der Schnittstellen ohnehin meist in Eigenregie bewältigt werden müsse.

Im BVB wurden die Leistungsmerkmale von Discovery Services evaluiert. Hierbei wurden insbesondere der den Nutzern zur Verfügung gestellte Content, das Format und die Qualität der Metadaten sowie die Usability und die Kosten bewertet. Ebenso wurde untersucht, wie die eigenen Bibliotheksbestände ins System integriert wurden.

Weltweit besteht der Markt für Discovery Services aus mehr als zehn Anbietern, von denen in Deutschland folgende drei vertreten sind:

- EBSCO
- Primo
- Summon

Alle diese Systeme haben ihre Vor- und Nachteile und es gibt auch unterschiedliche Einsatzszenarios: Die Discovery-Service-Suchoberfläche kann parallel zum lokalem Katalog betrieben werden (wie in der UB Konstanz mit Summon) oder der Discovery-Service-Index wird über eine API in die bereits vorhandene Katalogoberfläche eingebunden (wie in der SLUB Dresden mit Primo-Libero, der UB Freiburg mit EDS-Bibdia, der UB Heidelberg mit Summon-OCLC, der USB Köln mit EDS-OCLC, der ULB Münster mit Primo-OCLC, die SULB Saarbrücken mit EDS-Libero oder der HB Reutlingen mit EBS-aDIS/BMS). In der HU Berlin und in der UB Mannheim wird dagegen mit Primo ein Discovery-Service mit integrierter Benutzungsfunktion eingesetzt, während in der UB Leipzig eine Open-Source-Benutzeroberfläche auf den Discovery-Service-Index aufgesetzt wurde (Vufind).

Es liegt bislang keine größere Untersuchung zur Nutzung von Discovery Services vor. Lediglich von den Anbietern liegen vereinzelt Evaluierungen zu ihren Datenbanknutzungen vor, die in der Regel eine jährliche Zugriffssteigerung ausweisen.

Im Anschluss an den Vortrag folgen mehrere Erfahrungsberichte aus Bibliotheken. Frau Hätscher berichtet, dass die Universitätsbibliothek Konstanz sich für das Produkt Summon der Firma Serials Solutions entschieden hat, nachdem 2010 eine Evaluierung vorgenommen worden war. Voraussetzung war, dass für das System keine eigene Entwicklungsarbeit geleistet werden und es sich hosten lassen sollte. Summon sei es gelungen, das System in weniger als vier Monaten startklar zu machen. Auch dies sei für Konstanz ein sehr wichtiges Kriterium zur Entscheidungsfindung gewesen. Die Planungen begannen im Januar 2011 und im April war das System online. Der Index wird gut angenommen; selbst die geistes- und sozialwissenschaftlichen Quellen würden nun gut genutzt. Allerdings gäbe es beim Übergang in die Lokalsysteme einen Bruch, erklärt Frau Hätscher. Grundsätzlich hätte sie sich gewünscht, dass die Verbünde das Thema Discovery Services besetzt hätten. Nun kämen die Bibliotheken nicht mehr umhin, kommerzielle Anbieter in Anspruch zu nehmen.

Herr Dr. Franke stellt fest, dass die Chance zur Erstellung eines nichtkommerziellen Indices vorbei sei und wirft die Frage auf, ob dies überhaupt gelungen wäre, da kommerzielle Anbieter über ganz andere Ressourcen verfügten.

Frau Dr. Mallmann-Biehler merkt an, dass die Verbünde die Entwicklung nicht verschlafen hätten. Es konnte vielmehr keine Einigung auf eine gemeinsame Vorgehensweise bei einem solchen Projekt erzielt werden.

Die Frage von Herrn Dr. Fast (Bibliothek der HSU), ob Konstanz seine Verbunddaten eingespielt hat, verneint Frau Hätscher. Dies sei aber in Planung. Alle Daten ihres eigenen Bestandes sind hingegen bereits im System enthalten. Herr Dr. Fast berichtet für sein Haus von den Schwierigkeiten die Summon habe, die GBV-Daten komplett einzuspielen. Das Mapping sei jetzt Thema für die hauseigene IT. Herr Dr. Wawra merkt an, dass sich in Bayern das Produkt in der Evaluierungsphase befinde. Laut Aussage der Firma Summon könne der BVB über Open Data integriert werden.

Nach Herrn Prof. Dr. Bürger entwickle sich der Einsatz von Discovery Services in Sachsen in zwei Geschwindigkeiten. Während andere Bibliotheken sich mehr Zeit nähmen, habe sich die SLUB Dresden aufgrund der Exzellenzinitiative der Universität und der besonders konfuse Suchsituation für den forcierten Einsatz eines kommerziellen Produkts (Primo) entschieden. Dabei konnte die SLUB aber auch auf europäische Fördergelder zurückgreifen. Nach anfänglicher Skepsis seien die Kritiker verstummt und der Suchschlitz, der die Suche über 70 Millionen Medien /Dokumente ermöglicht, wird akzeptiert.

Ein weiterer Bericht wird von Herrn Dr. Zick (UB der TU Berlin) gegeben. Die TU hat gemeinsam mit der Humboldt-Universität und der Universität der Künste (UdK) im Jahr 2009 Primo von ExLibris erworben. Gehostet wird das System beim KOBV. Es konnte allerdings erst zum Wintersemester 2011/2012 umgesetzt werden. Zur Zeit seien 250 Millionen Medien auffindbar; auch der Online-Katalog der TU sei integriert. Wichtig war der Bibliothek ein direkter Zugang über eine Primo-Schnittstelle auf das Aleph-Benutzerkonto im OPAC, was sich in der Praxis als sehr vorteilhaft erwiesen hat. Nun ist mit Citavi auch ein Literaturverwaltungsprogramm integriert, das sich jedoch mitunter als problematisch darstellt. Primomobile erlaube auch den Zugriff über Smartphones. Mittlerweile gäbe es pro Woche ca. 45.000 Primo-Zugriffe und 30.000 Zugriffe über den OPAC (der nicht abgeschaltet ist).

Laut Herrn Dr. Zick gibt es aber innerhalb seines Hauses durchaus Kritikpunkte zum Einsatz von Primo. Die IT-Abteilung kritisiert, dass die Zeit zwischen Entwicklung und Anwendung oftmals sehr lang sei. Lange angekündigte Funktionalitäten lassen sich warten. Außerdem sei die Pflege des Systems sehr aufwendig. Jedes neue Servicepack müsse umfangreich vorab getestet werden. Gleiche Fehler tauchten auch in neuen Versionen immer wieder auf. Die Benutzungsabteilung der TU wäre bezüglich des Einsatzes von Primo in zwei Lager gespalten: Die Befürworter loben die Möglichkeit, verschiedene Datenquellen unter einer Suchoberfläche gleichzeitig absuchen zu können. Die Primo-Gegner kritisieren, dass die Transparenz der Suche nicht immer gegeben sei und die Übersichtlichkeit darunter leide. Man sei sich nicht sicher, ob die Nutzer mit den vielen Filtermöglichkeiten, die das System bietet, umgehen könnten. Kritisiert wird außerdem, dass ein direkter Zugang zu Citavi bisher nicht möglich ist. Durch Aufspielung neuer Daten kommt es häufig zu Ausfällen des Systems. Herr Dr. Zick ist aber grundsätzlich der Ansicht, diese Technologie habe revolutionären Charakter.

Im Erfahrungsbericht aus der HU Berlin berichtet Herr Dr. Degkwitz von denselben Erfahrungen wie die TU. Er stellt heraus, dass die systemtechnische Unterstützung bislang zu schlecht sei. Beim KOBV laufe Primo als Betaversion; für die zweite Jahreshälfte sei der Echtbetrieb aber geplant. Bis dahin laufe parallel der Katalog weiter. Herr Dr. Degkwitz erkennt zwei Tendenzen: Lange Trefferlisten seien unbrauchbar, Visualisierung scheine ein Ausweg zu sein. Zudem wünscht er sich eine verstärkte Einbindung der Nutzer, um mit Hilfe ihres Feedbacks das Angebot zu verbessern.

TOP 8 - Bibliothekspolitik 4: Berichte aus den AGs und Initiativen der Sektion 4

Herr Dr. Wawra gibt nun einige Informationen aus dem Vorstand des dbv bekannt. Die dbv-Herbsttagung 2012 wird am 25./26. September in Gießen stattfinden. Der Termin ist etwas früher als sonst, daher wird mit einer Versendung der Tagungsunterlagen auch früher als üblich gerechnet. Die Berichte der AGs werden auf diesen Termin verschoben. Die nächste Frühjahrstagung in Tübingen ist für den 10./11. April 2013 angesetzt.

Weiter berichtet Herr Dr. Wawra, dass 10 Kollegen der dbv-Tagung Interesse an einer Studienreise nach Liverpool am 5./6. Juni 2012 bekundet haben. Die Finanzierung wird in nächster Zeit geklärt. Informationen dazu werden folgen.

Herr Dr. Simon-Ritz erklärt, dass er noch Informationen aus der letzten Tagung in Bayreuth schuldig ist und diese nachmelden möchte. Zum Thema „Bericht zur Lage der Bibliotheken“ gibt er bekannt, dass eine Umfrage an wissenschaftliche Bibliotheken noch dieses Frühjahr verschickt werden soll. Die Bibliotheken werden ermutigt, daran teilzunehmen. Es wird keine Auswertung der Umfrage im nächsten Bericht erfolgen. Da mit größerem Diskussionsbedarf gerechnet wird, wird dieses Thema in der folgenden Herbsttagung aufgegriffen.

Gespräche mit dem Börsenverein über die Verwendung von elektronischen Lehrbüchern in Hochschulbibliotheken laufen seit dem Frühjahr. Auf Verlagsseite stößt man auf offene Ohren: die Verlage stehen für Pilotprojekte zur Verfügung. Eine konkrete Umsetzung muss durch den Börsenverein erfolgen. Weitere Gespräche sind in nächster Zeit geplant.

Herr Dr. Wawra weist darauf hin, dass zusätzliche Exemplare des Thesenpapiers zu TOP 6 „Die Hochschulbibliotheken und die Entwicklung der Informationsinfrastrukturen in Deutschland - Stellungnahme der Hochschulbibliotheken in der Sektion 4 des Deutschen Bibliotheksverbandes (dbv) zu den Empfehlungen der Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (Gesamtkonzept der KII)“ zur Mitnahme am Ende der Sitzung bereit liegen.

TOP 9 Verschiedenes

Herr Dr. Wawra möchte die Newcomers Session aus der vergangenen Sektion 4-Sitzung in Bayreuth aufgreifen und eine „Verabschiedungssession“ etablieren. Dazu bittet er Frau Schmiedeknecht von der Universitäts- und Forschungsbibliothek Erfurt/Gotha nach vorne. Für Frau Schmiedeknecht ist dies die letzte Teilnahme an einer Sektion 4-Tagung. Sie verabschiedet sich in den Ruhestand.

Herr Dr. Wawra fragt im Plenum nach weiteren Wortmeldungen. Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Wawra verabschiedet Herrn Dr. Frühauf, für den dies ebenfalls die letzte Sektion 4-Tagung ist. Er bedankt sich bei ihm und dem Team des Landesbibliotheksentrums für die Einladung nach Koblenz und das Ausrichten der Tagung.